

Vorlage-Nr.: **3518-2010/DaDi** vom 30.03.2010

Aktenzeichen: 029-007

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Tarifbindung des öffentlichen Dienstes für alle Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften des Landkreises
Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis setzt sich dafür ein, dass in allen seinen Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften die Tariflöhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes zur Anwendung kommen.

Für die Beschäftigten der Kreiskliniken- GmbH wird die Tarifbindung zum öffentlichen Dienst wieder hergestellt.

Der Landkreis stellt im Senio- Verband den Antrag, für die Beschäftigten der Gersprenz GmbH die Tarifbindung des öffentlichen Dienstes herzustellen.

Begründung:

Es stellt in unserem Landkreis Darmstadt- Dieburg einen Skandal dar, wenn es Beschäftigte erster, zweiter und dritter Klasse in unserem Landkreis ergibt, die für gleiche Arbeit unterschiedlich entlohnt werden.

Wer, wie in den Kreiskliniken, der Gersprenz GmbH die engagierte Arbeit von Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger so behandelt, der wird in Zukunft, was die Qualität der Ausbildung in unseren sozialen Diensten angeht, nur schwerlich Nachwuchs finden.

Die untertarifliche Entlohnung, eine fehlende Lohndynamik, schlechte Arbeitsbedingungen, die massive Zunahme von Überstunden und die zunehmende Arbeitsverdichtung führen bei der Gersprenz GmbH zu einer rohen Fluktuation der Beschäftigten. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Pflege der Pflegebedürftigen Menschen.

Bereits in unserem Antrag zur Rekommunalisierung der Reinigung haben wir darauf hingewiesen, dass Tarifflicht wie bei den Reinigungskräften an unseren Schulen dazu führt, dass Lohndrückerei zulasten der untersten Einkommensgruppen zugelassen wird.

Wer die Zunahme der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen verhindern will, wer Lohndrückerei und Tarifflicht in der Privatwirtschaft als gesellschaftlichen Skandal bekämpfen will, der muss zu aller erst im eigenen Landkreis dafür Sorge tragen, dass die Beschäftigten nach dem für den öffentlichen Dienst zuständigen Tarifvertrag behandelt werden.

Deshalb bitten wir Sie unserem Antrag zuzustimmen.